



Sitzungsbericht

Thema:	WTO: Komitee für technische Handelshemmnisse (TBT Komitee)
Ort / Datum:	Genf, 12. bis 15. November 2019
Vorsitz:	Sung Hwa JANG (Südkorea)
CH-Delegation:	Marcin Stawarz (SECO)
Kopien an:	SECO: AF/flu; AFWA/glm; AFDL/rrp; AFNT; WHWT/gpr, ena, zuk, dre; WHFH/ bck, rei, mns; WEHU/ jer, krc; BWAM; BWAO/wab, rbx, wbf, rop; BWMA/spu, obp, cor; BWEU/mto, jaj; MOMC/hso, crd; Mission EU/REJ; MDB; Botschaft Kairo; DEA: F. Mahnig, M. Amrein, G. Stäubli; BAKOM: L. Cocciantelli; BFE: W. Gander; K. Bisang; ESTI: P. Fluri; BAFU: M. Rohn, J. Tremp; BLV: M. Beer, L. Bruggmann, J. Deflorin, A. Ochieng, C. Meylan, R. Meuwly, M. Müller; BAG: G. Barsuglia, M. Anderegg, B. Kolp Buchs, D. Kappes, U. Spahr; Anmeldest. Chem.: T. Barrelet; Swissmedic: J. Schläpfer; BBL : A. Bossenmayer; BLW: K. Bende, P. Aebi, C. Roux; IGE: M. Schaeli, M. Alder; SNV: U. Fischer, switec

Sachbearbeiter/in: sam
Verfasst am: 28. November 2019

Kurzzusammenfassung

- **62 spezifische Handelsprobleme** („*Specific Trade Concerns*“ - STCs) wurden **behandelt: 12 davon waren neu**. Die Schweiz äusserte sich zu den Vorschriften in Saudi-Arabien betr. die Limitierung von Zucker in Lebensmitteln und Getränken sowie zu den Anforderungen der SASO betr. einer Vorschrift zu verpflichtenden Verpackungen in biologisch abbaubaren Plastikfolien.
- Die informelle Sitzung des TBT Komitees wurde in einem ersten Teil den Normen («Standards») gewidmet, in welchem die Inkorporierung von Normen in technischen Vorschriften und diesbezüglichen länderspezifischen Ansätze diskutiert wurden.

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Marcin Stawarz
Holzikofenweg 36, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 53 12,
marcin.stawarz@seco.admin.ch
www.seco.admin.ch

- In einem zweiten Teil standen Konformitätsbewertungsverfahren («*Conformity Assessment Procedures*») auf der Tagesordnung, mit einem Fokus auf sog. «*National Quality Infrastructures*». Dabei berichteten verschiedene Referenten von den eigenen nationalen regulatorischen Qualitätsinfrastrukturen und dem Zusammenspiel der Akkreditierung, Metrologie, Normung und den Konformitätsbewertungsverfahren.

1 **Behandlung spezifischer Handelsprobleme¹** **(Specific Trade Concerns – STCs)**

1.1 **Neue Handelsprobleme (*new raised concerns*)**

EU - Revised Draft EU Regulation on Ecological Design Requirements for External Power Supply (N°1)

G/TBT/N/EU/605

China äusserte Bedenken gegenüber den geplanten Energieeffizienz- und Kennzeichnungsanforderungen in der EU für externe Stromversorgungen. Nach der Möglichkeit, Kommentare zu den Anforderungen einzureichen, sei ein Entwurf veröffentlicht worden, die neue Anforderungen an die Kennzeichnung stellt. China forderte von der EU, dass entsprechende IEC Normen berücksichtigt werden sollen und die Kennzeichnung nicht darüber hinaus gehen soll. Es sei nicht notwendig, die geforderten Informationen alle anbringen zu müssen. Schliesslich sei die Übergangsfrist nicht ausreichend für Hersteller, sich den neuen Anforderungen anpassen zu können.

Die EU legte das Verfahren zur Erarbeitung der neuen Vorschriften bis zur Veröffentlichung der Anforderungen im Amtsblatt im Oktober 2019 dar. Unter Berücksichtigung der Kommentare und der Resultate des entsprechenden regulatorischen Komitees habe sich ergeben, dass der Geltungsbereich erweitert werden soll und die ambitionösesten internationalen Normen in diesem Bereich berücksichtigt werden sollen. Das Ziel sei es, die Energieeffizienz zu erhöhen.

Katar - Ministry of Public Health Circular regarding shelf life for cheese (N°8)

Die USA kritisierten die Anforderungen in Katar an die Haltbarkeitsdauer von Käse und dass diese Anforderungen Importe einschränken würden. Katar wurde nach den Zielen gefragt, die mit solchen Anforderungen erreicht werden sollen. Die US Delegation hob hervor, dass es durch solche Anforderungen beinahe unmöglich sei, logistisch Produkte aus geografisch weiter liegenden Ländern zu importieren und zu vertreiben. Katar wurde ferner aufgefordert, die Vorschriften an die WTO zu notifizieren und deren Implementierung auszusetzen. Die EU äusserte ebenso Bedenken und bekräftigte, dass die Anforderungen nicht zu erfüllen seien und den Handelsfluss stark beeinträchtigen würden. Als Konsequenz könnten betroffene Produkte nicht mehr nach Katar exportiert werden. Die Anforderungen stellen ausländische und inländische Produkte ungleich, seien nicht in Übereinstimmung mit internationalen Normen und strikter, wie dies notwendig wäre, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

¹ Es handelt sich hierbei um eine unvollständige Liste: Bei Bedarf findet sich die vollständige Auflistung der behandelten Handelsprobleme in der Agenda des Meetings oder im offiziellen Protokoll des WTO-Sekretariats, das zu einem späteren Zeitpunkt publiziert wird.

Katar nahm Kenntnis von den Kommentaren und erklärte, dass mit den Anforderungen die Qualität von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sichergestellt werden soll. Die Vorschriften fänden gleichermassen auf inländische wie ausländische Produkte Anwendung und der Einfluss auf den Handel sei nicht schwerer wie dies für die Zielerreichung notwendig wäre. Der Import von Produkten, die den Qualitätsanforderungen entsprechen, sei nicht eingeschränkt.

1.2 Bestehende Handelsprobleme (*previously raised concerns*)

1.2.1 Chemikalien und Kosmetika

G/TBT/N/EU/383 EU - Hazard-based approach to plant protection products and setting of import tolerances (N°18)

G/TBT/N/EU/384
G/TBT/N/EU/495
G/TBT/N/EU/383/Ann.1
G/TBT/N/EU/384/Ann.1

Die USA zeigten sich weiterhin besorgt über den gefahrenbasierten Ansatz („hazard-based approach“) der EU in der Pestizidregulierung und dass die EU weiterhin ihren Ansatz nicht geändert hätte. Die USA hoben hervor, dass sehr viele Mitglieder mit den Vorschriften Probleme hätten. Kritisiert wurde unter anderem das Fehlen einer vollständigen Risikoanalyse. Es würden weniger handelseinschränkende Ansätze bestehen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Costa Rica, Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Paraguay, Uruguay, Guatemala und Panama schlossen sich den Bedenken an und äusserten sich ebenso kritisch zu den Massnahmen. Zusätzlich hervorgehoben wurde, dass die Massnahmen einen signifikanten Einfluss auf den Handel hätten und die EU mit den Handelspartnern in der Suche nach einer Lösung zusammenarbeiten müsse. Trotz der Tatsache, dass viele der betroffenen Produkte und Stoffe in vielen anderen Ländern zugelassen seien und sie wichtig im Pflanzenschutz seien, würde die EU die Zulassung dieser Produkte und Stoffe nicht erneuern. Die Bedürfnisse und Situation von Entwicklungsländern müssten ebenso berücksichtigt werden.

Die EU antwortete, dass man sich den geäusserten Bedenken bewusst sei. Nach Berücksichtigung der Kommentare und verschiedenen Optionen informierte die EU, dass man entschieden habe, den Prozeduren der Verordnung 396/2005 zu folgen, welche eine Risikoeinschätzung durch einen evaluierenden EU Mitgliedsstaat sowie eine wissenschaftliche Einschätzung der EFSA beinhalten. Basierend darauf werde über die Gewährung von Einfuhrtoleranzen von Fall zu Fall entschieden. Die EU werde die Mitglieder weiterhin informieren und in voller Transparenz handeln.

G/TBT/N/EU/625 EU - Chlorothalonil (pesticide active substance) (N°33)

Kolumbien wiederholte seine Bedenken zur Beurteilung des Wirkstoffes Chlorothalonil bzw. der geplanten Nicht-Erneuerung der Genehmigung. Die EU wurde aufgefordert, wissenschaftliche Grundlagen für die Beurteilung heranzuziehen und eine weniger handelseinschränkende Massnahme zu prüfen. Die Kontrolle von Krankheiten würde ohne diesen Wirkstoff erschwert werden. Die USA wies auf ähnliche Schwierigkeiten für Cranberry-Produzenten hin, ebenso wie die Tatsache, dass das Risiko mit entsprechenden Begleitmassnahmen gering sei. Zudem kritisierten die USA im Generellen den Ansatz der EU in der Pestizidprodukteregulierung und wiesen darauf hin, dass internationale Organisationen keinen derart weitgehende Beschränkungen vorsehen würden. Dies beeinträchtigte den Handel enorm. Brasilien merkte an, dass die nicht-Erneuerung von Wirkstoffgenehmigung ein grundlegendes Problem in der EU sei, das Brasilien weiterhin sowohl im TBT- wie auch im SPS-Komitee aufnehmen werde. Zudem sei das Vorgehen nicht mit CODEX-Empfehlungen vereinbar. Guatemala, Panama, Ecuador, Costa Rica und Paraguay kritisierten die Massnahme und schlossen sich den Bedenken an.

Die EU antwortete, dass entsprechende Übergangsfristen vorgesehen seien und der Entscheid den Handel nicht unmittelbar einschränken würde. Jeder Entscheid, MRLs zu senken,

würde einer separaten Notifikation unterliegen. Im Verfahren zur Genehmigung des Stoffes habe nicht ausreichend festgestellt werden können, dass die Genehmigungskriterien erfüllt sind. Aufgrund der Risiken, die von Chlorothalonil ausgehen können, sei entschieden worden, die Genehmigung nicht zu erneuern.

G/TBT/N/
EU/682

EU - Transitional periods for MRLs and international consultations (N°34)

Ein weiterer STC betraf die Pestizidregulierung in der EU, in diesem Fall wurden von zahlreichen Delegationen die Übergangsfristen für neue MRLs kritisiert. So wies Kolumbien darauf hin, dass auch eine Übergangsfrist von 6 Monaten für Produzenten nicht ausreichte, da diese über den Einsatz von Pestiziden weit im Voraus planen müssen und auf diese Weise zahlreiche Produkte keinen Marktzugang mehr hätten. Die EU solle neue Fristen in Betracht ziehen. Die Situation für gefrorene Produkte sei noch schwieriger. Die USA, Panama, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Canada, Brasilien, Costa Rica und Uruguay brachten ähnliche Punkte hervor und schlossen sich diesen Bemerkungen an.

Die EU merkte an, dass die Verpflichtungen sowohl des TBT- wie auch des SPS-Abkommens berücksichtigt worden seien, insbesondere wurden die eingegangenen Kommentare in Betracht gezogen und beantwortet. Schliesslich wurden die genauen Übergangsbestimmungen erläutert und deren Bedingungen erklärt.

1.2.2 Medizinprodukte und Arzneimittel

G/TBT/N/CHN/1023
G/TBT/N/CHN/1023
China - Regulations for the Supervision and Administration of Medical Devices (Order No. 650 of the State Council) (N°19)

G/TBT/N/CHN/1024
G/TBT/N/CHN/1025
G/TBT/N/CHN/1026
Korea wiederholte die Bedenken aus vergangenen Sitzungen des TBT-Komitees und kritisierte, dass die Vorschriften zu unnötigen und duplikativen Konformitäts- und Testverfahren führen würden. China wurde aufgefordert, Tests von international akkreditierten Stellen anzuerkennen. Korea erkundigte sich zudem über die genauen Inspektions- und Testanforderungen.

China verwies auf bereits veröffentlichte Leitlinien zu den chinesischen Vorschriften über Medizinprodukte. Bestimmte Medizingeräte seien zudem von den Anforderungen für klinische Studien ausgenommen. Schliesslich informierte die chinesische Delegation, dass der Registrierungsprozess für Medizinprodukte beschleunigt werde.

EU - Medical Device Regulation (MDR) and In Vitro Diagnostic Medical Devices Regulation (IVDR) (N°63)

G/TBT/N/EU/72
G/TBT/N/EU/71/Add 1
G/TBT/N/EU/72/Add 1
Japan kritisierte die Implementierung der revidierten EU-Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika. Problematisch seien insbesondere ungenügende Informationen von Seiten der EU, damit Hersteller die neuen Anforderungen erfüllen könnten. Zudem sei die Anzahl der bezeichneten Stellen unzureichend, um die Zertifizierungen ausstellen zu können. Die Übergangsfristen seien ein weiteres Problem. Die USA äusserten ebenfalls Bedenken in Bezug auf die Implementierung der revidierten EU-Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika, welche sich im Verzug befinden. Die Industrie Sorge sich über einen gesicherten, reibungslosen Marktzugang und sehe diesen gefährdet. Die Anzahl Stellen, welche unter der MDR/IVDR zertifizieren könnten, sei unzureichend. Zurzeit seien nur ein paar wenige Stellen bezeichnet – es wurde die Frage gestellt, ob die 58 Stellen noch operationell würden. Diese Anzahl Stellen sei unzureichend, um weiterhin reibungslos die Genehmigungen bis Mai 2020 und Mai 2022 sicherzustellen. Besonders betroffen seien kleinere Unternehmen. Der zweite problematische Punkt seien die unzureichende Anzahl Durchführungsverordnungen –

nur 2 der 18 solcher Durchführungsverordnungen seien erlassen worden. Zudem könnten die europäischen Normierungsorganisationen nicht damit beginnen, entsprechende Normen zu erarbeiten. Ferner seien die MDR / IVDR Bestimmungen zum «warehousing» und die Übergangsbestimmungen nicht ausreichend. Die EU müsse verschiedene Flexibilitäten in Bezug auf die Implementierung vorsehen, wie bspw. um eine 3 Jahre verschobene Implementierung, um den reibungslosen Marktzugang sicherzustellen. China, Korea, Kanada und Mexiko äußerten ebenfalls Bedenken.

Die EU hob die Bedeutung der MDR/IVDR für die Sicherheit hervor und anerkannte, dass die Deadline und vor allem die Verfügbarkeit von Stellen eine Herausforderung seien. Zurzeit seien 7 Stellen unter der MDR, und 2 unter der IVDR bezeichnet. 51 zusätzliche Anträge seien eingegangen, die den ganzen Geltungsbereich der MDR/IVDR abdecken würden. 29 Joint Assessments seien bereits durchgeführt worden. Bis Ende Jahr sollen 20 Stellen bezeichnet werden. Die Ressourcen für das Assessment der Stellen seien erhöht worden, und es wurde empfohlen, dass Stellen vom «*Single Audit Programme*» Gebrauch machen. Es seien zudem Guidelines in Erarbeitung, die Anfang nächstes Jahr finalisiert werden sollten. Zudem seien Arbeiten in Gange, um die Kompatibilität zwischen dem EU und US System sicherzustellen. Angesichts dieser Tatsachen und der Übergangsfristen und anderer Übergangsbestimmungen bestehe kein Grund, die Implementierung zu verschieben.

1.2.3 Elektronische und Telekommunikationsgeräte, *Cyber Security*

China - Requirements for information security products, including, inter alia, the OSCCA 1999 Regulation on commercial encryption products and its on-going revision and the Multi-Level Protection Scheme (MLPS) (N°14); Draft revised Encryption Law of the People's Republic of China by the Office of State Commercial Cryptography Administration (OSCCA) (N°24)

Japan zeigte sich weiterhin besorgt über die chinesischen Regulierungen und Produkterfordernungen im Bereich der Kryptographie. China wurde aufgefordert, über den Revisionsprozess zu informieren und die Anforderungen transparent zu implementieren. Auch die EU wiederholte ihre Bedenken und hob hervor, dass China über die Auswirkungen des neuen Gesetzes im Bereich Cybersicherheit auf bestehende Anforderungen aufklären soll. Wiederholt kritisiert wurden der weite Geltungsbereich, die ungenügende Klarheit der Anforderungen sowie Transparenz in der Implementierung. Den Bedenken Japans und der EU gegenüber chinesischen Massnahmen im Bereich der Kryptographie schlossen sich die USA und Kanada an.

China entgegnete, dass die Revision der OSCCA Regulierung im Gange sei und weiterhin für Kommentare offen stünde. Die Übereinstimmung mit dem Cybersicherheitsgesetz werde sichergestellt. Das Gesetz im Bereich der Kryptographie würde ab Januar 2020 in Kraft treten und es seien in den Konsultationen zahlreiche nützliche Kommentare eingegangen, welche berücksichtigt worden seien. Das Gesetz folge dem Prinzip der Nichtdiskriminierung.

China - Cybersecurity Law (N°49)

Im Zusammenhang mit dem chinesischen Gesetz betreffend die Cybersicherheit wiederholte Japan die Bedenken aus früheren Sitzungen des TBT-Komitees. Kritisiert wurden dabei unter anderem die ungenauen Begriffsdefinitionen und die fehlende Transparenz sowie die damit verbundene Unsicherheit in der Implementierung der Massnahmen. China solle eine ausreichende Übergangsphase für die Implementierung vorsehen. Die EU unterstrich, dass der Geltungsbereich nicht klar sei. Zudem müssten internationalen und nicht nationale Normen berücksichtigt und alle beteiligten Anspruchsgruppen in der Implementierung des Gesetzes involviert werden. Dieses Gesetz stelle praktisch ein Verbot von ausländischen Produkten und

Dienstleistungen dar. China wurde von der EU-Delegation aufgefordert, das Gesetz in nicht-diskriminierender Weise zu implementieren. Der Schutz des geistigen Eigentums müsste sichergestellt werden. Schliesslich kritisierte die EU, dass das Gesetz bereits in Kraft sei, die Implementierungsverordnungen sich jedoch noch in Erarbeitung befinden würden. Diese müssten ebenfalls an die WTO notifiziert werden, sodass sich andere Mitglieder dazu äussern können. Die USA, Australien und Kanada äusserten ähnliche Bedenken und schlossen sich den vorangehenden Interventionen an.

China bekräftigte, dass es nicht die Absicht sei, sich gegenüber aussen zu verschliessen, sondern die Cybersicherheit und Informatiksicherheit zu garantieren. Das „*Cybersecurity Law*“, das ein ‘Rahmengesetz’ darstelle, sei diesbezüglich von entscheidender Bedeutung. Dazu wären auch unterschiedliche Massnahmen und Revisionen notwendig, um Gesetze und Verordnungen an das Gesetz anzupassen. China zeigte sich offen gegenüber den Anliegen anderer Mitglieder.

1.2.4 Lebensmittel und alkoholische Getränke, inkl. Kennzeichnungsvorschriften

Indonesien - Halal Product Assurance Law No. 33 of 2014 (N°21)

Hinsichtlich der indonesischen ‘Halal’-Kennzeichnungs- und Zertifizierungsvorschriften kritisierte die EU den weiten Geltungsbereich der Vorschriften, der unter anderem Lebensmittel, Kosmetika und Arzneimittel betreffen würde. Indonesien wurde dazu ermutigt, eine ausreichende Übergangsphase für die Implementierung dieser Vorschriften vorzusehen und eine solche Kennzeichnung auf freiwilliger Basis zu gestalten. Die EU begrüsst die Möglichkeit, dass nicht-‘halale’ Produkte nicht als solche zertifiziert sein müssten, was unnötig und aufwendig sei. Indonesien wurde auf die relevanten CODEX-Richtlinien betreffend ‘Halal’-Zertifizierungen hingewiesen. Der Mangel an Transparenz und der fragmentierte Ansatz der Regulierung schaffe viele Unsicherheiten. Die EU wollte von Indonesien wissen, wie die schrittweise Implementierung der Anforderungen aussehen soll. Das Erfordernis, MRAs abzuschliessen, um ausländische Halal-Zertifizierungen anzuerkennen, sei in der Praxis kompliziert und unnötig handelseinschränkend. Die USA zeigten sich enttäuscht, dass Indonesien die neuen Vorschriften noch nicht an die WTO notifiziert und den anderen Mitgliedern eine Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hätte. Entscheidend sei es dabei, dass auch die Implementierungsverordnungen notifiziert werden. Kanada forderte, dass Indonesien über den weiteren Zeitplan informiere. Australien, Chinese Taipei, Neuseeland, Brasilien schlossen sich den Bedenken an.

Die indonesische Delegation hob hervor, dass das Gesetz kein Verbot von nicht-‘halalen’ Produkten beinhalten würde. Die Absicht sei, die Konsumenten entsprechend zu informieren. Indonesien wies darauf hin, dass auch Halal-Zertifizierungen von ausländischen Stellen anerkannt würden, sofern entsprechende Abkommen über die gegenseitige Anerkennung bestehen. Die Vorschriften würden die Freiheit der Konsumenten bezüglich der Wahl von Produkten nicht einschränken.

G/TBT/N/CHN/209 China - Certification requirements for processed foods (N°26)

Im Zusammenhang mit den Zertifizierungsanforderungen für nach China exportierte verarbeitete Lebensmittel wies Mexiko auf Informationen hin, wonach die Anforderungen suspendiert seien. Zudem sei nicht klar, was in Bezug auf Tequila gelte und ob die diesbezüglichen Zertifikate als äquivalent anerkannt würden. Mexiko erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Anforderungen. Chinese Taipei teilte die Bedenken Mexikos und hob hervor, dass die Anforderungen strikter seien wie dies notwendig wäre.

China wies darauf hin, dass es das Ziel der Massnahmen sei, die Sicherheit zu garantieren, ohne den Handel unnötig einzuschränken. Zudem bestätigte China, dass man nach der Berücksichtigung aller eingegangenen Kommentare entschieden habe, die Implementierung dieser Anforderungen zu suspendieren. Weitere interessierte Mitglieder wurden dazu eingeladen, an der Erarbeitung entsprechender internationaler Normen im CCFICS Komitee des CODEX teilzuhaben. Bis dahin werde China die Anforderungen nicht implementieren.

Saudi-Arabien - Added Sugar Upper Limit in Some Food Products (N°37)

G/TBT/N/SAU/1108

G/TBT/N/SAU/1108/Add.1

Saudi-Arabien beabsichtigt, den Anteil an beifügten Zucker in Lebensmitteln und Getränken erheblich zu limitieren. Die USA hoben hervor, dass diese Anforderungen eine breite Palette an Produkten betreffe und der Handel damit erheblich eingeschränkt wäre, da eine Vielzahl von Produkten aufgrund dieser Anforderungen nicht mehr verfügbar sein würde. Die US Delegation kritisierte, dass die Massnahmen nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren würden. Der aktuelle Stand der Regulierungsarbeiten und der Implementierung sei unklar. Die USA sorgten sich auch darüber, wie die Massnahmen mit anderen Anforderungen in Saudi-Arabien vereinbar wären. Die Schweiz² forderte Saudi-Arabien auf, betroffene Anspruchsgruppen und die Industrie in einem transparenten Prozess weiterhin in die Ausarbeitung und Implementierung der Anforderungen miteinzubeziehen und zu konsultieren, sodass die Vorschriften nicht unnötig strikter sind wie dies notwendig wäre. Die Schweiz sorgte sich zudem weiterhin darüber, inwiefern für die vorgesehen Zuckergrenzwerte wissenschaftliche Grundlagen herangezogen wurden und erkundigte sich bei Saudi-Arabien über solche Grundlagen. Saudi-Arabien wurde dazu aufgefordert, weniger weitgehende Massnahmen zu prüfen und eine genügende Übergangsphase vorzusehen. Schliesslich erkundigte sich die Schweiz erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Arbeiten. Russland und die EU schlossen sich den Bedenken an und brachten ähnliche Punkte hervor.

Saudi-Arabien klärte auf, dass auf Basis der eingegangenen Kommentare und Stellungnahmen die Anforderungen bis auf Weiteres nicht in Kraft treten sollen. Man stehe weiterhin für bilateralen Austausch zur Verfügung.

² Switzerland would like to join previous speakers in raising its concerns over the proposed sugar upper limits in food products and to reiterate its position from the last meeting of the WTO TBT Committee. Switzerland remains concerned over the impact on trade if the regulation were implemented. We call on Saudi Arabia to continue to engage with trading partners and the private sector in a transparent process so as to assure that the measure is not more trade restrictive than necessary, and to take such consultations with stakeholders into account. Switzerland is also concerned that the draft regulation in general and quantities of added sugar in food products in particular are not based on scientific evidence. We would highly appreciate if Saudi Arabia could provide more information on the scientific basis of this measure. We encourage Saudi Arabia to consider less trade-restrictive alternatives, including through the engagement of foodstuff producers and suppliers, the provision of better information to consumers, and the promotion of a varied and balanced diet with less sugar, and to allow for a reasonable transitional period, taking the technical challenge of the requirements into account. While we acknowledge that the implementation of the draft regulation has been postponed and that the sugar upper limits seem to be voluntary for the moment, it remains unclear what the status of the regulatory process is. Switzerland would highly appreciate if Saudi Arabia could provide an update on the regulatory development of this measure and its timeline. We thank Saudi Arabia for its engagement and look forward to its response.

1.2.5 Diverses

Ägypten - Manufacturer Registration System (Decree No. 43/2016 and Decree No. 992/2015) (N°45)

G/TBT/N/EGY/114

G/TBT/N/EGY/114

Im Zusammenhang mit dem Dekret Nr. 43/2016 und Nr. 992/2015 über die Registrierungs- und Zertifizierungserfordernisse für ausländische Importeure in Ägypten zeigte sich Russland über den nicht-transparenten und komplizierten Registrierungsprozess besorgt. Aus Sicht Russlands verletzen die Vorschriften die Prinzipien des TBT-Abkommens. Zahlreiche Unternehmen hätten im wichtigen ägyptischen Markt Probleme, sich registrieren zu lassen. Die EU wiederholte ihre Bedenken und hob hervor, dass die Industrie, insbesondere KMUs, weiterhin von erheblichen Schwierigkeiten sowie langen Wartezeiten berichten würden. Vor allem der Keramiksektor sei betroffen. Sämtliche Unternehmen mit vollständigen Unterlagen sollten ohne Verzögerungen registriert werden können. Der Registrierungsprozess müsse substantiell überarbeitet und verbessert werden. Brasilien unterstützte die Bedenken der EU und wies auf Schwierigkeiten der eigenen Industrie im Registrierungsprozess hin.

Ägypten verwies auf die eigene Antwort vom Juni 2019 im TBT-Komitee und ergänzte, dass ein neues Komitee geschaffen worden sei, welches für die Bearbeitung der Anträge zuständig sei und einen verbesserten sowie effizienteren Registrierungsprozess sicherstellen würde. Ägypten rief die betroffenen Mitglieder dazu auf, von Problemen zu berichten, damit diese mit den zuständigen Behörden in Kairo aufgenommen werden können.

Saudi Arabien – Technical Regulation for plastic products OXO – biodegradable (N°61)

G/TBT/N/SAU/947

Betreffend die Anforderungen der SASO in Saudi-Arabien betr. einer Vorschrift zu verpflichtenden Verpackungen in biologisch abbaubaren Plastikfolien merkte die EU an, dass die Anforderungen eine enorme Einschränkung für den Handel seien, sollten sie implementiert werden. Betroffen sein unter anderem Spielzeuge, Kosmetika, Textilien, Maschinen und die Lebensmittelindustrie. Die EU wies auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse hin, die den Nutzen von solchem Plastik für die Umwelt in Frage stellen, was den Zielen der saudischen Vorschrift widersprechen würde. Aus diesem Grund sei solcher Plastik in Europa nicht erlaubt. Saudi-Arabien soll neue wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen und die Implementierung dieser Anforderungen suspendieren. Zudem wurde Saudi-Arabien nach dem Stand der Arbeiten und den nächsten Schritten gefragt. Die Schweiz³ und China schlossen sich diesen Bedenken an und wiesen auf ähnliche Kritikpunkte hin.

Saudi-Arabien informierte, dass das Inkrafttreten der Anforderungen bis April 2020 verschoben wurde und zurzeit eine nationale Studie im Gange sei, welche die negativen Auswirkungen von «*oxo-degradable plastic*» auf die Umwelt untersuchen würde. Basierend darauf werden die saudischen Behörden über das weitere Vorgehen und die Anforderungen entscheiden.

³ Switzerland would like to support the intervention made by the EU on Kingdom of Saudi Arabia's technical regulation for oxo-degradable plastic products. Our industry raised concerns regarding the requirement for certain types of plastic packaging to be oxo-degradable and bear a specific mark to demonstrate compliance. The need to use especially for the market in Saudi Arabia oxo-degradable SASO certified plastic packaging leads to additional costs and creates obstacles to trade. The uncertainty regarding the status of the regulatory process contributes to the problems of the industry. Switzerland would highly appreciate if Saudi Arabia could provide an update on the regulatory development of this measure and its timeline. Switzerland encourages Saudi Arabia to consider less trade-restrictive alternatives to achieve its environmental objectives and to take relevant international scientific research on oxo-degradable plastic into account.

2 Informelle Sitzung des TBT-Komitees

Die informelle Sitzung des TBT-Komitees wurde in einem ersten Teil den Normen («Standards») gewidmet, in welchem die Inkorporierung von Normen in technischen Vorschriften und diesbezügliche länderspezifische Ansätze diskutiert wurden. In einem zweiten Teil standen Konformitätsbewertungsverfahren («*Conformity Assessment Procedures*») auf der Tagesordnung, mit einem Fokus auf sog. «*National Quality Infrastructures*».

2.1 Normen und deren Inkorporierung

Der Fokus der Präsentationen verschiedener Delegationen war die Inkorporierung von Normen durch Verweise in technischen Vorschriften. Dabei wurden unterschiedliche Guidelines und Best Practices vorgestellt, ebenso wurde die Verwendung von Normen auf lokaler, nationaler, regionaler oder internationaler Ebene diskutiert.

Kanada gab einen Überblick über die eigenen Erfahrungen in der Inkorporierung von Normen und nannte als Vorteile der Inkorporierung von Normen die Harmonisierung von Vorschriften auf regionaler Ebene oder die Möglichkeit für Regulierungsbehörden, den neuesten Entwicklungen und Innovationen zu folgen. Zudem wurden die verschiedenen Arten der Inkorporierung erklärt (statisch vs. ambulant). Auch die USA nannten ähnliche Vorteile und umschrieben zusätzlich zahlreiche Faktoren, welche bei der Inkorporierung berücksichtigt werden müssten, wie z.B. die Wahl der Normen oder die Involvierung von Anspruchsgruppen in der Erarbeitung von Normen. Im Gegensatz zu den USA oder Kanada, die vor allem eine direkte Referenz auf Normen in den technischen Vorschriften kennen, hob die EU hervor, dass sie keine derart direkten Referenzen anwendet (höchstens «indirekt»). Normen würden in der europäischen Praxis auf Initiative der Industrie entwickelt und harmonisierte Normen würden im «New Approach» eine besondere Rolle spielen, indem sie eine Konformitätsvermutung ermöglichen. Deren Anwendung aber bleibe weiterhin freiwillig – was ein gewichtiger Unterschied zu verpflichtenden technischen Vorschriften sei. China präsentierte den Status Quo und die Reform in Bezug auf verpflichtende Normen sowie deren Rolle in chinesischem System. Zudem gab China einen Überblick über die eigene Notifikationspraxis solcher Normen. Australien teilte die eigenen Best Practices in Bezug auf den Gebrauch von Normen und Risikoeinschätzungen mit den anderen Delegierten.

Schliesslich hielt auch die UNECE eine Präsentation über die Arbeit der UNO im Bereich der Best Practices für einen Regulierungsansatz, der auf Normen und Risikoeinschätzungen basiert.

2.2 Konformitätsbewertungsverfahren und «*National Quality Infrastructures*»

Der zweite Teil der informellen Sitzung beschäftigte sich mit den 4 Säulen von nationalen Qualitätsinfrastrukturen («*National Quality Infrastructures*» - NQI): Der Akkreditierung, der Metrologie, der Normung und den Konformitätsbewertungsverfahren. Das Zusammenspiel dieser Elemente auf nationaler Ebene spielte dabei eine zentrale Rolle.

Betreffend die Akkreditierung hob Indonesien die Wichtigkeit hervor, dass WTO-Mitglieder vermehrt Akkreditierungen unter den ILAC/IAF-Abkommen sowie entsprechende Konformitätsbewertungsergebnisse akzeptieren sollen. Dies sei bisher eine wichtige Herausforderung auf internationaler Ebene. Die EU gab einen Überblick über das europäische Akkreditierungssystem und die nationalen Akkreditierungsstellen in den Mitgliedsstaaten, welche jeweils nur eine sol-

che Stelle haben. Auf Nachfrage der USA, inwiefern Resultate von ausländischen Stellen akzeptiert würden, entgegnete die EU, dass für eine solche Akzeptanz von Konformitätsbewertungsergebnissen ein MRA zwischen Regierungen notwendig sei oder ein Handelsabkommen, welches bspw. eine vertiefte Zusammenarbeit unter dem ILAC/IAF MRA/MLA der Akkreditierungsstellen vorsehen würde. Schliesslich beschrieb Ägypten die Rolle des «Egyptian Accreditation Council» (EGAC), der nationalen Akkreditierungsstelle Ägyptens.

Im Bereich der Metrologie hielt das «*International Bureau of Weights and Measures*» (BIPM) fest, dass diese für Innovation, Konformitätsbewertungen, Konsumentenschutz und die Arbeit von Regulierungsbehörden wichtig sei. Internationale Normen im Bereich der Metrologie spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Hinsichtlich der Normung wurden verschiedene Ansätze behandelt, die die NQI unterstützten. Japan gab einen Überblick über ein neues Programm, das eine vermehrte Teilnahme von KMUs in der Entwicklung von Normen ermöglicht. Die USA erklärten die Rolle der Normung innerhalb des eigenen NQI. Hervorgehoben wurde dabei, dass das US System im Vergleich zu anderen Ländern ein «bottom up» System sei, in welchem diejenigen, die die Normen verwenden, diese auch entwickeln würden. Der EU-Vertreter erläuterte die Arbeiten und Rolle der Normierungsorganisationen CEN und CENELEC und unterstrich, dass nationale Normen, die mit denjenigen der CEN / CENELEC in Konflikt stehen, beseitigt werden müssten. Das Ziel sei es, vermehrt eine Übereinstimmung mit internationalen Normen zu erreichen.

Im Bereich der Konformitätsbewertungsverfahren hielt Neuseeland eine Präsentation über den verfolgten Ansatz in der Entwicklung des regulatorischen Systems und der NQI. Eine zentrale Rolle spielten dabei eine gute Regulierungspraxis («*Good Regulatory Practices*») wie interne Koordination, Regulierungsfolgenabschätzungen und öffentliche Konsultationen. Australien stellte eine Fallstudie im Bereich der Energieeffizienz für elektrische Geräte vor, in welcher die Übereinstimmung von Konformitätsbewertungsverfahren mit dem NQI sichergestellt werden sollte. Brasilien gab einen Überblick über das neue Konformitätsbewertungssystem für Telekommunikationsgeräte. Mehr Flexibilität von Konformitätsbewertungsverfahren und ein risikobasierter Ansatz seien dabei entscheidende Elemente.

Während dieser informellen Sitzung des TBT-Komitees wurden verschiedene NQI-Systeme vorgestellt, ebenso wie deren Weiterentwicklungen und Reformen. China erklärte die eigene NQI, an deren Spitze die "State Administration for Market Regulation" (SAMR) stehen würde, unter welcher sich weitere 4 Institutionen befinden würden ("National Institute of Metrology" (NIM), "China National Institute of Standardization" (CNIS), "China National Accreditation Service for Conformity Assessment" (CNAS), "China Quality Certification Center" (CQC)). Zudem wurde die aktuelle Reform des NQI aufgezeigt. Die USA umschrieben ihre eigene NQI, welche einen marktorientierten Ansatz verfolgen würde. Dabei wurde auf die Bedeutung der Normung, privaten Konformitätsbewertungsstellen, der Akkreditierung und der Kommunikation innerhalb der Regierung zur NQI eingegangen. Auch Trinidad und Tobago, die Türkei, Argentinien, Mozambique und Brasilien hielten Präsentationen zu ihren NQI.

Zuletzt wurde auch die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene im Bereich von Qualitätsinfrastrukturen besprochen. Auch wenn es zahlreiche Herausforderungen gibt, kann eine solche Zusammenarbeit den Handel erleichtern und die Zusammenführung sowie Harmonisierung von NQI fördern. Südafrika, Vanuatu und die USA hielten diesbezüglich eine Präsentation.

3 «Conformity Assessment Procedures»-Guidelines

Im Rahmen der «8th Triennial Review» verabschiedete das TBT-Komitee eine Empfehlung, wonach unverbindliche praktische Guidelines ausgearbeitet werden sollen, die Regulierungsbehörden in der Wahl und Erarbeitung von Konformitätsbewertungsverfahren unterstützen.

Nachdem die EU bereits vor der letzten Sitzung des TBT-Komitees im Juni einen ersten Vorschlag eingereicht hatte ([JOB/TBT/322](#)), um die entsprechenden Diskussionen voranzutreiben, gingen mittlerweile auch entsprechende Beiträge von den USA ([JOB/TBT/326](#)), Australien ([JOB/TBT/347](#)) und Japan ([JOB/TBT/349](#)) ein. Gegen Ende der formellen Sitzung fassten die Delegationen jeweils ihre eingereichten Beiträge zusammen.

Zusätzlich dazu hob die EU gemeinsame Elemente des eigenen Vorschlags und des US Vorschlags hervor, wie z.B. die Involvierung von Anspruchsgruppen in der Erarbeitung von Konformitätsbewertungsverfahren, Transparenzelemente, die Wichtigkeit interner Koordination, die Rolle eines risikobasierten Ansatzes oder der Marktüberwachung. Die EU ermutigte die anderen Delegationen, für die weiteren Arbeiten entsprechende Beiträge zum Thema einzureichen.

Kanada unterstützte wiederholt die Erarbeitung von praktischen Guidelines für Konformitätsbewertungsverfahren, welche ein wichtiges Element aus der «8th Triennial Review» seien. Der Prozess und die Diskussion dazu sollen jedoch nicht übereilt werden und den Delegationen müsse genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die Vorschläge und den weiteren Prozess beurteilen zu können.

Auch die USA wiesen darauf hin, dass die weiteren Arbeiten in diesem Bereich nicht überstürzt werden sollen und die informellen Sitzungen des Komitees eine gute Gelegenheit seien, die Arbeiten weiter zu vertiefen sowie voranzutreiben.

4 Transparenz: ePing

Das WTO Sekretariat berichtete von den Follow-Up Arbeiten aus der «8th Triennial Review» und den neuesten IT-Anpassungen des ePing-Systems (TBT/SPS-Notifikationsplattform), um die Umsetzung der entsprechenden Empfehlungen in Zukunft einfacher zu gestalten. Unter anderem wurden Verbesserungen eingeführt, um Stellungnahmen auf Notifikationen sowie Antworten auf solche Stellungnahmen besser veröffentlichen und entsprechend kennzeichnen zu können, aber auch in den entsprechenden Notifikationen verfolgen zu können. An einer Informationsveranstaltung am Rande des TBT-Komitees wurden die Anpassungen den interessierten Delegierten im Detail vorgestellt und mögliche Anwendungen hinsichtlich der Empfehlungen aus der «8th Triennial Review» diskutiert.

Bei dieser Gelegenheit wies die Schweiz auf einen eigenen Beitrag aus der «8th Triennial Review» hin, der die Transparenz im Umgang mit Stellungnahmen auf Notifikationen verbessern möchte und in die Empfehlungen aus der «8th Triennial Review» aufgenommen wurde. Die Möglichkeiten in ePing würden es mittlerweile erlauben, Stellungnahmen auf Notifikationen sowie Antworten darauf zu veröffentlichen und damit die entsprechende Empfehlung umzusetzen. Die Mitglieder wurden dazu ermutigt, ePing diesbezüglich zu gebrauchen. Eine derart erhöhte Transparenz im Umgang mit Stellungnahmen auf Notifikationen würde dazu beitragen, unnötige Handelshemmnisse im Sinne des TBT-Abkommens zu vermeiden.

5 Bilaterale Treffen am Rande des TBT-Komitees

Am Rande des TBT-Komitees traf sich die Schweiz mit Saudi-Arabien, um die Kennzeichnungsvorschriften für Energydrinks in Saudi-Arabien und den GCC-Staaten zu diskutieren. Zudem wurden die weiteren Schritte in Bezug auf die geplanten Zuckergrenzwerte in Lebensmitteln und Getränken angesprochen, welche bereits im TBT-Komitee als STC aufgenommen wurden.

Betreffend die Kennzeichnungsvorschriften für Energydrinks versprach die saudische Delegation, die noch ausstehenden Antworten auf die eingereichten Kommentare und Fragen der Schweiz vom April 2019 zu liefern. Dazu gehören Präzisierungen der Implementierung gewisser Bestimmungen wie auch eine Begründung der vorgesehenen Anforderungen im entsprechenden GSO-Standard sowie die Angabe der verwendeten wissenschaftlichen Grundlagen. Gleichzeitig versicherte Saudi-Arabien, dass sämtliche Kommentare in der Erarbeitung der Vorschriften auf GCC-Stufe berücksichtigt worden seien, inkl. diejenigen der Schweiz. Sobald weitere Informationen in Bezug auf die Implementierung vorliegen, würden diesen an die WTO notifiziert werden. Saudi-Arabien konnte zudem bestätigen, dass vergleichbare nationale Vorschriften für die Kennzeichnung von Energydrinks im Januar 2020 in Kraft treten würden. Auf Anfragen der Schweiz, diese an die WTO zu notifizieren, versicherte Saudi-Arabien, dies sobald wie möglich mit den zuständigen Behörden zu prüfen. Der finalisierte Entwurf der Vorschriften könnte zudem bereits elektronisch zugestellt werden.

Hinsichtlich der vorgesehenen Zuckergrenzwerte in Lebensmitteln und Getränken informierte Saudi-Arabien ergänzend zur Stellungnahme im TBT-Komitee, dass möglicherweise im Februar 2020 bzw. an der nächsten Sitzung des TBT-Komitees positive Nachrichten im Sinne der WTO-Mitglieder sowie deren Stellungnahmen vermeldet werden dürften, ohne weitere Details zu liefern oder sich an dieser Ankündigung messen lassen zu wollen.

6 Diverses und Anhang

Gegen Ende der regulären Sitzung berichteten und informierten Mitglieder und Beobachter über ihre wichtigsten Aktivitäten im Bereich der technischen Entwicklungszusammenarbeit und in anderen für das TBT-Komitee relevanten Bereichen (siehe für die einzelnen Beiträge unter anderem [Meeting Documents](#)).

6.1 Wichtige Daten

- Nächstes TBT-Komitee: 25. - 27. Februar 2020

6.2 Anhang

Alle referenzierten Dokumente (inkl. Präsentationen aus den informellen Sitzungen) sind unter den folgenden Links oder auf Anfrage beim Autor erhältlich:

- [Agenda, Report & Minutes](#),
- [Meeting Documents](#)
- [Präsentationen aus den informellen Sitzungen](#)
- [Beiträge betr. Guidelines zur Erarbeitung von Konformitätsbewertungsverfahren](#)